

## **Zur Lage in Syrien**

1. Syrien wurde durch den mittlerweile seit über sechs Jahren wütenden Bürgerkrieg zerstört und seine Bürger\*innen traumatisiert. Die Hälfte seiner Einwohner\*innen sah sich gezwungen zu fliehen und lebt nach wie vor in Unsicherheit. Über sechs Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht, fünf Millionen von ihnen leben in Flüchtlingslagern in den Nachbarländern. Während ein Teil der syrischen Bevölkerung derzeit dank eines vorübergehenden Rückgangs der willkürlichen Morde und Zerstörung etwas aufatmen kann, fordert die Europäische Grüne Partei die internationale Gemeinschaft auf, dem Land deshalb nicht weniger Aufmerksamkeit zu schenken.
2. Wir begrüßen die Waffenstillstände, die in letzter Zeit erfolgten, doch wir sollten die diplomatischen Anstrengungen verstärken und so eine weitere Aussetzung der Kampfhandlungen fördern, den Waffenstillstand festigen und eine neue Runde der Friedensgespräche einleiten. Bei diesen Friedensgesprächen muss auch die Zivilbevölkerung, einschließlich Kindern, Jugendlichen und ethnischen und religiösen Minderheiten, ein Mitspracherecht erhalten. Seit Beginn des Bürgerkriegs vertritt die EGP einen klaren Standpunkt: Wir lehnen jegliche Versuche, das syrische Volk durch Militärhandlungen und Repression zu unterdrücken, ab und verurteilen solche Handlungen. Militärische und gewalttätige Lösungen sind für Syrien und seine Bürger\*innen kein nachhaltiger Weg in die Zukunft. Nur ein inklusiver, politischer Prozess kann diesem Krieg ein Ende setzen und die Grundlage eines langanhaltenden Friedens darstellen. Das Festlegen von Bedingungen oder der Ausschluss von Verhandlungsparteien wie den Kurden ist hingegen eine Garantie für die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen.
3. Es wird die Zeit kommen, in der die Fehler und Versäumnisse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten sowie auch der internationalen Gemeinschaft untersucht werden, die während des Syrienkonflikts stattfanden. Aus diesem Prozess müssen wir die notwendigen Lehren ziehen, die aus der Unterstützung des militärischen Sturzes eines Diktators entstehen. Doch jetzt ist die Zeit, um alle diplomatischen Ressourcen Europas zur Unterstützung der durch die Vereinten Nationen geführten Friedensverhandlungen zusammenzuführen. Gleichzeitig sind die Golfstaaten aufgerufen, ihren Beitrag zur Lösung des Konflikts zu leisten.
4. Die in den diplomatischen Verhandlungen – meist durch eigenes Verschulden – an die Seite gedrängten europäischen Staaten müssen eine tragende Rolle beim Wiederaufbau und Aufschwung Syriens übernehmen und ihre Erfahrungen bei Versöhnung und Aufbau von Vertrauen nach schweren Kriegen mit den Syrern teilen. Gemeinsam mit oppositionellen demokratischen Kräften und Nichtregierungsorganisationen sollten die europäischen Staaten eine Umsetzung der Vision eines syrischen Staats fördern, der vielfältig und demokratisch ist, keine Minderheiten ausschließt und alle Bevölkerungsgruppen respektiert. Die europäischen Staaten sollten ihren Einfluss und ihre Wirtschaftskraft dazu nutzen, alle Parteien – und insbesondere ihre regionalen Partner – zur Deeskalation aufzufordern, anstatt den Konflikt erneut anzufachen. Einige der Gründe für die sozialen Unruhen haben ökologische Ursachen, beispielsweise die durch den Klimawandel und übermäßige Nutzung des Grundwassers immer extremer ausfallenden Dürren. Viele regionale Konflikte werden heute teils auch wegen Wassermangels geführt.

5. Wir wiederholen unsere Verurteilung der Gräueltaten und Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen humanitären Rechts durch die Streitkräfte des Assad-Regimes und ihrer Verbündeten sowie die Misshandlungen und Verbrechen nicht-staatlicher Milizengruppen – insbesondere von Daesch (auch IS oder ISIS genannt) und Jabhat Fateh al-Sham (ehemals al-Nusra). Kriegsverbrechen und Verletzungen der Menschenrechte müssen geahndet werden. Eine Aussöhnung kann nur auf Grundlage eines angemessenen juristischen Verfahrens geschehen.
6. Wir missbilligen zutiefst, dass viele Regierungen und viele unserer engen Partner Kriegsparteien, die in der Gegenwart sowie der Vergangenheit für schwere Verbrechen verantwortlich sind und waren, militärisch unterstützt haben. Es besorgt uns zutiefst, dass die bewaffnete Opposition Syriens von zahlreichen radikalislamischen Milizen dominiert wird, die in den von ihnen kontrollierten Gebieten Frauen, sexuelle Minderheiten, Nicht-Muslime und Muslime, die sich ihren Glaubenspraktiken widersetzen, gnadenlos verfolgen und diskriminieren.
7. Wir verurteilen die Unterstützung Präsident Putins bei der Zerstörung Syriens, die durch die völlige Zerstörung von Teilen Aleppos durch die russische Luftwaffe besonders grausam deutlich wurde. Die EGP muss jedoch realistisch damit umgehen, dass Russland im Syrienkonflikt eine entscheidende Rolle spielt. Die Einmischung anderer Nationen hat den Konflikt unnötig verlängert und verschärft. Wir verurteilen auch die militärische Einmischung durch Drittländer, insbesondere die Saudi-Arabiens, die terroristische und Takfiri-Organisationen mit Waffen versorgen und unterstützen. Besonders stellen wir in diesem Zusammenhang das Vorgehen der Türkei heraus, die Situation in Syrien durch Bodenangriffe auf syrisches Staatsgebiet und andere Kriegshandlungen weiter zu destabilisieren, die sich größtenteils gegen kurdische Milizen richteten, die ihre Territorien zuvor erfolgreich gegen Daesch und andere Extremistengruppen verteidigen konnten.
8. Wir verurteilen vehement die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von allen Parteien während dieses sechsjährigen Konflikts begangen wurden. Es handelt sich dabei um die schwersten Menschenrechtsverletzungen der modernen Geschichte und sie sind durch nichts entschuldbar, seien es religiöse, ethnische oder politische Argumente. Die Berichte über solche Verbrechen in Gefangenenlagern des Assad-Regimes sind schockierend.
9. Wir bleiben der Überzeugung, dass es keine effektive Lösung des Konflikts gibt und kein nachhaltiger Frieden in Syrien geschaffen werden kann, ohne das Assad-Regime und andere Konfliktparteien für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Frieden ist kein Gegensatz zur Gerechtigkeit; für einen dauerhaften Frieden braucht es eine faire Übergangsgerechtigkeit („transitional justice“). Wenn Gerechtigkeit unser Ziel ist, können wir uns nicht einfach zurücklehnen und darauf warten, dass der Konflikt ein Ende nimmt. Wir begrüßen daher die UN-Resolution, die einen internationalen, unparteiischen und unabhängigen Mechanismus für Syrien vorsieht, in dessen Rahmen Beweise für die schlimmsten im Land verübten Verbrechen gesammelt werden sollen. Wir rufen alle europäischen Regierungen dazu auf, ausreichende Mittel für diesen Mechanismus bereitzustellen, damit dieser seine wichtigen Aufgaben erfüllen kann. In diesem

Zusammenhang begrüßt die EGP die Syrienkonferenz am 5. April 2017 in Brüssel. Die EGP erwartet eine Konferenzteilnahme demokratischer Oppositionskräfte von inner- und außerhalb Syriens. Wir betonen, wie wichtig Transparenz bei allen möglicherweise angebotenen finanziellen Unterstützungen ist.

10. Wir verurteilen die Blockade einer Überweisung des UN-Sicherheitsrats an den Internationalen Strafgerichtshof. Wir fordern daher eine koordinierte EU-Strategie gegenüber in Syrien begangenen Verbrechen, indem die europäischen Nationalregierungen das Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit an ihren nationalen Gerichten stärken. Je fester dieses Prinzip an nationalen Gerichten verankert ist, desto geringer sind die Chancen einzelner Syrer, ungestraft mit ihren Verbrechen davonzukommen.
11. Wir verurteilen die menschenverachtenden Handlungen von Daesch in der Region und darüber hinaus, einschließlich gegen Zivilisten in den Straßen von Städten wie Berlin, Brüssel, Istanbul, London und Paris. Wir wünschen uns entschieden, die Niederlage dieser kriminellen Organisation aus Massenmördern und deren gerechte Verurteilung für ihre Kriegsverbrechen zu sehen. Der Kampf gegen Daesch reicht nicht, solange wir uns nicht mit den Grundlagen der Rekrutierung beschäftigen – hierzu gehören Sektierertum, Ausgrenzung und Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen, einschließlich arabischer Sunniten. Wir benötigen eine klar durchdachte und von lokalen Kräften unterstützte Strategie, die uns zu einer nachhaltigen Lösung des Konflikts führt und die Entstehung einer Nachfolgerorganisation von Daesch verhindert. Die schmerzhaften aus der Befreiung Falludschas gezogenen Lehren dürfen wir auch in Mosul nicht vergessen und noch weniger in den bevorstehenden Kämpfen in Rakka.
12. Europa sollte, wo möglich, den Aufbau von Kapazitäten der syrischen Bevölkerung und Zivilgesellschaft unterstützen, einschließlich der Förderung von Akteuren, die Menschenrechte, Gleichberechtigung (einschließlich Geschlechtergleichheit und Minderheitenrechte), Demokratie und Empowerment sowohl innerhalb Syriens wie auch im Hinblick auf die Exilbevölkerung eintreten.
13. Auf lange Sicht muss die Europäische Union die Vereinten Nationen dabei unterstützen, Maßnahmen zum Wiederaufbau Syriens nach Ende des Konflikts zu ergreifen und zu organisieren.
14. Die EGP betont erneut ihre Solidarität mit den Nachbarländern Syriens, die durch Aufnahme Millionen syrischer Flüchtlinge die Welt – und besonders die europäischen Regierungen – daran erinnert haben, dass Solidarität mit Menschen in Not ein Fundament der Menschheit ist. Europa sollte sich schämen.
15. Wir verurteilen den Einfluss engstirniger, fremdenfeindlicher und beschränkter Sichtweisen auf die europäische Entwicklungs-, Migrations-, Außen- und Sicherheitspolitik. Wir drängen Europa, die Nachbarländer Syriens stärker zu unterstützen, die Millionen Flüchtlinge aufgenommen haben, die aus ihrem Land fliehen mussten. Dies darf nicht heißen, dass Mauern gegen den Flüchtlingsstrom errichtet oder autokratische Regime gefördert werden.

16. Wir schlagen vor, dass EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten Bildungsprogramme für syrische Flüchtlingskinder unterstützen. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei hat nicht dazu beigetragen, die Flüchtlingssituation zu lösen, sondern verschob das Problem lediglich außerhalb Europas. Wir fordern unsere Mitgliedsstaaten dazu auf, endlich nach ihren Prinzipien und Verpflichtungen unter internationalem humanitärem Recht zu handeln und Flüchtlinge und Asylsuchende (auch durch humanitäre Visa) zu unterstützen. Die EU-Mitgliedsstaaten sollten ihr Versprechen halten, die versprochene Anzahl von 160.000 Flüchtlingen in Italien und Griechenland umzusiedeln. Bisher wurde das für lediglich zehn Prozent erreicht. Zusätzlich sollte die EU eine weitere Anzahl (gefährdeter) Flüchtlinge, definiert durch das UNHCR, umsiedeln, um Flüchtlingslager in der Region zu entlasten und sichere alternative Routen zu denjenigen anzubieten, die von (häufig kriminellen) Menschenschmugglern frequentiert werden. Unter der Voraussetzung der Gewährleistung der Sicherheit möchten wir, dass die Länder Europas dabei helfen, eine sichere freiwillige Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihre Heimat zu ermöglichen, und das Land zu unterstützen, eine neue syrische Gesellschaft aufzubauen, die auf demokratischen Werten und Menschenrechten fußt. Wir möchten erneut betonen, dass wir die Schaffung einer tatsächlichen europäischen Asylpolitik unterstützen.